

AFFÄREN

Lukrative Hilfe

Für den neuen Siemens-Chef Peter Löscher kommt es knüppeldick. Nun ermittelt die Weltbank gegen den Konzern. Es geht um den Bau eines Kraftwerks in Pakistan.

Für seinen ersten großen Auftritt hatte sich der Neue ein traditionsreiches Umfeld ausgesucht. Im Nürnberger Rathaussaal aus dem 14. Jahrhundert ergriff der seit Anfang des Monats amtierende Siemens-Chef Peter Löscher am vergangenen Dienstag das Wort. Er sprach von „Herausforderungen“ und „Vertrau-

chen: Siemens soll beim Bau eines Kraftwerks, das Ende der neunziger Jahre in der pakistanischen Provinz Punjab fertiggestellt wurde, die Kosten künstlich in die Höhe getrieben und somit womöglich überhöhte Zuschüsse in Millionenhöhe von der Weltbank kassiert haben.

Offenbar ist das nicht der einzige Fall, der die Washingtoner Ermittler interessiert, auch wenn sich die Weltbank nicht zu ihren Siemens-Untersuchungen äußern möchte: „Wir kommentieren keine unserer Ermittlungen“, heißt es dort wortkarg. Doch die Informationen, die der Projektmanager bei dem Madrider Geheimtreffen lieferte, haben die Weltbank-Fahnder offensichtlich elektrisiert.

Ausführlich schilderte der Mann, wie er im Jahr 1996 über einen Mittelsmann eines deutschen Ingenieurbüros für das Projekt

Wurden durch eine mögliche Überbezahlung Schmiergelder für Entscheidungssträger querfinanziert?

Den brisanten Verdacht teilte er seinen Vorgesetzten bei Siemens mit – und flog raus. Bald wurden auch die pakistanischen Behörden misstrauisch. Es soll anschließend im Zusammenhang mit dem Projekt auch zu Verhaftungen gekommen sein, doch die Ermittlungen blieben offenbar ergebnislos.

Siemens erklärt, man sei bereits im Jahr 2004 von dem ehemaligen Mitarbeiter auf die angebliche Überbezahlung bei dem Projekt aufmerksam gemacht worden. Danach habe man den Fall intern geprüft, jedoch „keine Hinweise“ auf mögliche Verfehlungen gefunden.

„Der Mann war unfähig“, rechtfertigt ein an dem Projekt beteiligter pensionier-



FRANK MÄSCHER / DPA (L.); JAY L. GLENDENIN / POLARIS / STUDIO X (R.)

Siemens-Spitze Cromme, Löscher, Weltbank-Zentrale in Washington: Elektrisierende Informationen

en“, das es zurückzugewinnen gelte. Eine echte Strategie, wie er den krisengeschüttelten Konzern in die Zukunft führen möchte, präsentierte er freilich noch nicht. In seinen ersten drei Monaten wolle er erst einmal das weltumspannende Siemens-Reich erkunden.

Der neue Siemens-Boss und sein Aufsichtsratschef Gerhard Cromme müssen sich beeilen, dabei mit den Fahndern Schritt zu halten. Nach den Affären um geheime Konten und bezahlte Betriebsräte ermittelt nun auch noch die Washingtoner Weltbank gegen den Münchner Hightech-Multi.

Am Donnerstag vorvergangener Woche trafen Ermittler der Weltbank im Madrider Westin Palace Hotel mit einem geheimen Informanten zusammen. Der international erfahrene Projektmanager hatte in den neunziger Jahren für ein Kraftwerksprojekt des Siemens-Konzerns gearbeitet.

Was der Ingenieur den Weltbank-Fahndern in dem fast fünfständigen Gespräch schilderte, ließ die Amerikaner aufhor-

angeheuert wurde. Unter dem Namen Rousch Power Ltd. hatte ein schwerreicher arabischer Clan das 500-Millionen-Dollar-Kraftwerksprojekt angeschoben. Siemens sollte das 412 Megawatt liefernde Gas- und Dampfturbinenkraftwerk (GUD) bauen und sich gleichzeitig über seine Tochter Project Ventures an der Betreibergesellschaft beteiligen.

Die Kreditfinanzierung teilten sich die Weltbank sowie eine pakistanische und eine internationale Bankengruppe. Sie lieferten 370 Millionen Dollar, die restlichen rund 130 Millionen Dollar wollten die beteiligten Firmen als Eigenkapital einschießen.

Der frisch angestellte Manager zweifelte jedoch bald an der internen Buchhaltung. Für den Bau flossen knapp 370 Millionen Dollar – also exakt die Kreditsumme – an Siemens, obwohl zuvor vergleichbare Kraftwerke nach seinen Erkenntnissen nur rund 220 Millionen Dollar gekostet haben sollen. Kam Siemens so teilweise in den Besitz eines Kraftwerks, ohne selbst einen einzigen Dollar investiert zu haben?

ter Siemens-Manager den Rauschmiss des früheren Mitarbeiters heute. „Schwerölbetriebene Kraftwerke sind nun mal viel teurer zu bauen als herkömmliche Gasanlagen, da braucht es zusätzlich eine halbe Chemiefabrik“, erklärt er den hohen Preis.

Experten vom Verband der Großkraftwerksbetreiber sehen allenfalls einen Preiszuschlag von 10 bis 15 Prozent für diese Technik. Allerdings könne in einem Dritte-Welt-Land auch der Bau der benötigten Infrastruktur noch mit weiteren Millionen zu Buche schlagen.

Dennoch scheinen die Weltbank-Fahnder den Aussagen ihres Informanten akribisch nachzugehen. Sie haben Siemens ohnehin schon seit längerem wegen möglicher Korruptionsdelikte im Visier.

Bereits im Februar traf ein Fahnder aus Washington zu einem vertraulichen Gespräch mit der Münchner Staatsanwaltschaft in der bayerischen Landeshauptstadt ein. Wie denn die Ermittlungen so vorangingen, wollte er wissen. Und ob bei den

bisherigen Erkenntnissen um die schwarzen Kassen des Konzerns auch Projekte der Weltbank eine Rolle gespielt hätten.

„Es trifft zu, dass ein Fahnder der Weltbank im Zusammenhang mit unseren Siemens-Ermittlungen auf uns zugekommen ist“, bestätigt der Leitende Oberstaatsanwalt Christian Schmidt-Sommerfeld. Und es werde wohl nicht der letzte Kontakt gewesen sein.

Fakt ist auch: Die Ermittlungen der Weltbank könnten im Fall Siemens ganz neue Abgründe aufreißen – ähnlich wie eine eventuelle Milliarden-Strafe der ebenfalls aktiven US-Börsenaufsicht SEC.

Sollte sich der Verdacht der Washingtoner Fahnder erhärten, könnte Siemens künftig sogar komplett von den lukrativen Weltbank-Projekten ausgeschlossen werden. Das hätte katastrophale Folgen für die Konzernbilanz. Allein von Juli 2000 an arbeitete Siemens laut einer Aufstellung der Weltbank an 134 geförderten Projekten mit einem Gesamtvolumen von über 1,3 Milliarden Dollar.

So bauen die Münchner an der Metro für die indische Metropole Mumbai mit, Auftragsvolumen rund 220 Millionen Dollar. Für eine neue, 780 Kilometer lange Hochspannungstrasse, die im Jahr 2011 zwischen zwei weiteren indischen Metropolen fertiggestellt sein soll, kassiert Siemens 186 Millionen Dollar.

Was es heißt, von dieser weltweit operierenden Institution geächtet zu werden, musste zuletzt der deutsche Anlagenprojektor Lahnmeier International schmerzvoll erfahren.

In den neunziger Jahren hatten die Deutschen in Lesotho die Geschäftsführer eines Staudammprojekts mit mehreren hunderttausend Euro geschmiert. Die korrupten Manager machten aus ihrem plötzlichen Reichtum anschließend kein Geheimnis und protzten offen mit Villen und teuren Autos.

Vor vier Jahren erhielt Lahnmeier die erste Rechnung für die korrupten Praktiken. Ein lokales Gericht verurteilte die Firma zu einer Strafe in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro.

Eine deutlich schmerzhaftere Buße folgte schließlich im November vergangenen Jahres. Lahnmeier fand sich plötzlich auf der schwarzen Liste der Weltbank wieder. Bis zum Jahr 2013 ist die deutsche Firma nun von allen Weltbank-finanzierten Aufträgen ausgeschlossen.

Und es könnte für Siemens noch schlimmer kommen. Wer von der Weltbank einmal gebannt wurde, fliegt oft auch bei anderen Entwicklungsbanken aus dem Programm. Zudem weigern sich viele US-Firmen, mit den geächteten Unternehmen dann noch Geschäfte zu machen.

Der neue Siemens-Chef Löscher wird viel Überzeugungsarbeit leisten müssen – nicht nur bei den eigenen Leuten.

BEAT BALZLI, JÖRG SCHMITT



JÖRG CARSTENSEN / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Lufthansa-Chef Mayrhuber, Mitarbeiter: Vorteil für große Aktiengesellschaften

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Doppeltes Risiko

Die Deutschen sollen stärker von den Gewinnen der Unternehmen profitieren. Doch den neuen Beteiligungsmodellen von Union und SPD fehlt es an Praxisorientierung.

In seinem Unternehmerleben hat sich Gerhard Schuler viel Spott anhören müssen. Mitte der siebziger Jahre machte er seine Angestellten zu stillen Gesellschaftern seiner Firma – und wurde seither von Gewerkschaftsfunktionären als „Exot“ und von Unternehmerkollegen als „Edelkommunist“ beschimpft.

Doch der langjährige Chef des Schwarzwälder Maschinenbaubetriebs Homag AG hat sich von der Kritik nicht irritieren lassen. Aus seinem Mittelstandsbetrieb ist mittlerweile ein Weltkonzern mit 5000 Angestellten geworden, und Schuler ist überzeugt, dass seine Form des Arbeitnehmerkapitalismus daran wesentlichen Anteil hatte: „Die Leute sind als Mitunternehmer einfach motivierter bei der Sache.“

Geht es nach der Großen Koalition, soll Schulers Erfolgsrezept jetzt zum Vorbild für die gesamte deutsche Wirtschaft werden. Mit unterschiedlichen Konzepten wollen Union und SPD die Arbeitnehmer zu Geldgebern ihrer eigenen Firmen machen.

SPD-Chef Kurt Beck stellte vergangene Woche sein Modell für einen „Deutschlandfonds“ vor, mit dem er die Beschäftigten vor allem in Kleinbetrieben „an den erarbeiteten Werten“ ihrer Firmen beteiligen will.

Kurz darauf zog die Union mit einem eigenen Konzept für „soziale Kapitalpartnerschaften“ nach. 50 Jahre nachdem Ludwig Erhard „Eigentum für jeden“ gefordert hatte, diskutiert die Politik wieder ernsthaft die Frage, wie sich der Gegensatz